

LTWP-1 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 1 Klimaschutz - Energiewende

Text

1 Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer
2 Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt
3 handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die
4 Auswirkungen der Klimakrise auch hier in Rheinland-Pfalz: Die Artenvielfalt geht
5 zurück, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben. Immer häufiger
6 erleben wir Unwetter, Starkregen, Hochwasser und Dürren. Unsere Wasservorräte
7 gehen zurück, die Landwirtschaft und die Menschen leiden unter der zunehmenden
8 Zahl an Hitzetagen und Extremwetterereignissen.

9 Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die
10 Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen
11 Koalition kommt viel zu spät und ist viel zu teuer. Die fossilen Energiekonzerne
12 vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird Deutschland die
13 internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen sauberen Strom aus
14 Erneuerbaren Energien, doch statt den Ausbau wirksam voranzubringen bremst die
15 Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das Wachstum der Windenergie und der
16 Photovoltaik.

17 Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr
18 Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft. Dafür
19 denken wir alle Bereiche zusammen. Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr
20 erneuerbar erzeugten Strom produzieren und die Mobilitätswende weiter umsetzen.
21 Im Dialog mit unserer Wirtschaft treiben wir die ökologische Transformation
22 voran, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
23 Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die
24 klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem
25 brauchen wir Klimaschutz vor Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen. Wir
26 haben auch eine Divestment-Strategie des Landes für nachhaltige Finanzen ins
27 Leben gerufen.

28 Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und
29 erreichen und dafür in den Klimaschutz investieren. Wir wollen den Klimaschutz
30 in die Verfassung schreiben, um ihn auf allen Ebenen besser durchsetzen zu
31 können. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen.
32 Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung
33 verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei
34 Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine
35 Klimafolgenabschätzung erstellt werden.

36 Die Energiewende ist das Herzstück des Klimaschutzes

37 Die Energiewende ist Herzstück für konsequenten Klimaschutz und gleichzeitig
38 Grundlage für Arbeit und Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren
39 Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu
40 erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer

41 Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen,
42 wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie verdoppeln
43 und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 verdreifachen. Damit unterstützen wir die
44 Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle Produktion im Bereich der
45 benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue, grüne Arbeitsplätze vor
46 Ort.

47 Mit einem neuen Energiewende-Plan wollen wir die Sektorenkopplung voranbringen.
48 Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit effizient genutzt werden können,
49 müssen verschiedene Sektoren miteinander intelligent vernetzt werden. So kann
50 beispielsweise Energie zur Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an
51 sonnen- oder windreichen Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird.
52 Deshalb wollen wir Power-to-X und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern.
53 Digitale Lösungen, wie künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit
54 erneuerbaren Strom intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So
55 können Erneuerbare Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren,
56 Industrie, Mobilität oder auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu
57 dekarbonisieren. Auch im Bereich Energieeffizienz wollen wir weiter vorankommen,
58 denn jede eingesparte Kilowatt-Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

59 Sonnenland Rheinland-Pfalz

60 Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu
61 nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung
62 aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den
63 Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

64 Bei Neubauten und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine Pflicht für
65 Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen von
66 Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine
67 dringenden Gründe dagegensprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen und
68 Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports als
69 Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen. Mit
70 dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial für
71 die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt und die Bürgerenergie gestärkt wird.

72 Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von
73 Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik
74 lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-
75 PV-Flächen wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie
76 weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem
77 die darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden.

78 Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz
79 zu überarbeiten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen
80 ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss
81 nachgebessert werden, um die Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern
82 unbürokratischer zu machen. Wie im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen
83 Abgaben und Umlagen auf selbst genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden.
84 Auch brauchen wir einen deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von
85 Photovoltaik-Anlagen im privaten wie gewerblichen Bereich. Ebenso werden wir uns
86 dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz grundlegend überarbeitet
87 wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen rechtlich ermöglicht und
88 Bürgergenossenschaften und kleine Akteur*innen gestärkt werden.

89 Frischer Wind für mehr Klimaschutz

90 Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie
91 ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin
92 beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die Beteiligung von Kommunen
93 und Genossenschaften wollen wir stärken.

94 Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren
95 landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen
96 Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der
97 naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben
98 werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung.

99 Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen
100 nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen
101 ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im
102 Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen
103 Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich
104 bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von
105 Autobahnen und Bahntrassen.

106 Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der
107 Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-
108 Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die Nutzung der
109 Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen in Wirtschaftswäldern
110 naturverträglich ausbauen.

111 Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren
112 leistungsfähigeren Maschinen (Repowering) mit bestehender Infrastruktur zu
113 ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann
114 schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits
115 bestehender Windenergie-Standorte wollen wir die starren Abstandsregeln
116 standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen in den bisherigen Grenzen
117 ohne Ausschreiben durch leistungsfähigere Maschinen ersetzt werden.

118 Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Ausbaudeckel für die Windenergie
119 gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine
120 Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne
121 Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden
122 wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-
123 geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

124 Digitalisierung für die Energiewende nutzen

125 Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und
126 Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die dezentralen
127 Verteilnetze stärken und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente
128 etablieren, wie im Projekt Smart Country.

129 Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom
130 auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung
131 von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu
132 denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir
133 wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler
134 gestalten. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids

135 und intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich
136 Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem
137 werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit dezentralen
138 Speichern für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die
139 digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen
140 dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und
141 Entwicklungsprojekte unterstützen.

142 Grüner Wasserstoff

143 Grüner Wasserstoff (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die
144 Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase
145 einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann
146 wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land
147 beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren
148 Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine
149 landeseigene Wasserstoffstrategie entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten
150 müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im
151 Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die
152 Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. Grüner Wasserstoff bietet großes
153 Potenzial, um verschiedene Sektoren wie den Schwerlast-Verkehr oder industrielle
154 Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu bringen.

155 Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen
156 Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und
157 Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie
158 und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur
159 in der Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik. Dazu müssen wir
160 nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch EU-
161 Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und Entwicklungspartnerschaften
162 vorantreiben.

163 Klimaschutz vor Ort

164 Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft
165 im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und
166 Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden,
167 wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden
168 die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

169 Die Energieagentur berät Kommunen unter anderem, wenn es darum geht,
170 Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Förderkonzepte zu beantragen, E-Mobilität zu
171 fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Die Energieagentur vernetzt und
172 koordiniert die einzelnen Aktionen, Aktivitäten und Projekte im Land. Diese
173 Stärken wollen wir weiter nutzen und die Energieagentur und ihre acht
174 Regionalbüros ausbauen.

175 Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und
176 insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die
177 Förderung für die Kommunen fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin
178 unterstützen, eigene CO₂-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen.
179 Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass alle Kommunen haupt-
180 oder ehrenamtliche Klimaschutzmanager*innen bekommen. Im Land werden wir die
181 Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen für den Klimaschutz unterstützen.

182 In Rheinland-Pfalz sollen an verschiedenen Stellen Erkundungsbohrungen zur
183 Gewinnung von Erdöl stattfinden. Wir sprechen uns gegen neue Ölbohrungen aus.
184 Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden lassen. Bundespolitisch
185 werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen, die den Klimaschutz und
186 die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

187 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-
188 Projekten fördert, um grüne und blaue Klima- und Erholungsoasen in den Städten
189 zu schaffen. Alle Kläranlagen mit genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung
190 von Biogas und Richtung Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-
191 Erzeugung und Nutzung weiterentwickeln.

192 Klimaneutrale Landesverwaltung

193 Unserem Ziel, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren sind
194 wir ein großes Stück nähergekommen und werden dies auch konsequent
195 weiterverfolgen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus
196 bauen, bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle
197 landeseigenen Gebäude, auf denen dies Sinn macht, werden wir mit Photovoltaik
198 und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen
199 wir einen Sanierungsfahrplan hin zur Klimaneutralität erstellen.

200 Investitionen in Erneuerbare Wärme

201 Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz
202 tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer Energien deutlich: Sie
203 machen uns unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im
204 Land. Obwohl in Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-
205 Pfalz einen großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von
206 Erneuerbaren Nahwärmenetzen. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei
207 der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer
208 EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen.

209 Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen.
210 Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die
211 Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus
212 Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die
213 Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis
214 Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich
215 klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme
216 schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler
217 Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte
218 Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein
219 bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht
220 ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche
221 Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz
222 zu ermöglichen.

223 Atomkraft? Nein, danke!

224 Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die
225 Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannereaktoren Fessenheim, Cattenom,
226 Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr
227 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden
228 Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns

229 dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale
230 Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei
231 grenznahen Atomkraftwerken muss auch die Bevölkerung jenseits der Grenze ein
232 Mitspracherecht hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen bekommen und
233 Laufzeitverlängerungen müssen mit einer grenzüberschreitenden
234 Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Außerdem werden uns auf Bundesebene
235 weiterhin für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler
236 einsetzen.

237 Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass
238 sich konsequenter Einsatz gegen Atomkraft lohnt. Denn die Zukunft der Energie
239 liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um
240 ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin
241 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

242 Die Strahlung des Atommülls bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für
243 zehntausende Generationen. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach einem
244 Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem wissenschaftsbasierten
245 Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein. Sie muss auch
246 sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die Sicherheit aller
247 Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das Standortauswahlgesetz und dass es
248 eingehalten wird, erwarten wir auch von unseren Nachbarländern. Die
249 Standortsuche für ein Atommüllendlager in grenznahen Regionen in Belgien darf
250 nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder stillschweigend auf
251 einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden wir transparente
252 Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger in den
253 betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.